



Antrag

Vorlage: AT/0092/2025		Datum: 08.09.2025	
Verfasser:	004-Ratsfraktion AfD	Az.:	
Betreff: Effektiver Schutz für Frauen im öffentlichen Raum			
Gremienweg:			
02.10.2025	Stadtrat	☐ einstimmig ☐ abgelehnt ☐ verwiesen ☐ Enthaltungen	☐ mehrheitl. Kenntnis ☐ vertagt ☐ ohne BE abgesetzt ☐ geändert ☐ Gegenstimmen
	TOP	nicht öffentlich	

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge folgenden Beschluss fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein umfassendes Maßnahmenpaket und Konzept zur Verbesserung der Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Ziel ist es, konkrete, niedrighschwellige und wirkungsvolle Maßnahmen auf Grundlage erfolgreicher Praxisbeispiele aus verschiedenen europäischen Städten umzusetzen.

Im Rahmen der Ausarbeitung des Konzeptes sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt und geprüft werden:

1. Nacht-Anrufsammeltaxis oder Rufbusse an Wochenenden, besonders für schlecht angebundene Stadtteile, in Kooperation mit örtlichen Taxiunternehmen oder dem ÖPNV-Anbieter Koveb.
2. Einführung eines Nacht-Taxi-/Rufbus-Gutscheinsystems nach 20 Uhr, für Frauen ab 16 Jahren, in Kooperation mit örtlichen Taxiunternehmen oder dem ÖPNV-Anbieter Koveb.
3. Bedarfsgesteuerte Haltepunkte bei Bussen in den Abendstunden auf ausgewählten Linien („Haltestelle auf Wunsch“) – analog zu Leipzig oder Hamburg, um Frauen das sichere Aussteigen näher am Wohnort zu ermöglichen.
4. Ausweitung der Präsenz des Kommunalen Vollzugsdienstes an bekannten Brennpunkten und Angsträumen in den Abendstunden, regelmäßig auch in zivil.
5. Aufbau eines Netzwerks „geschützter Orte“ im Stadtgebiet (nach dem Vorbild „EDELGARD schützt“ in Köln), z. B. Apotheken, Geschäfte oder Gaststätten, in denen geschultes Personal Frauen in Bedrängnis Schutz bietet. Diese Orte sollen sichtbar gekennzeichnet sein und an ein zentrales Notrufsystem angebunden werden können.
6. Pilotprojekt „Begleitservice durch Ehrenamtliche“, organisiert in Kooperation mit Bürgerinitiativen oder Frauenverbänden.
7. Regelmäßige Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Frauen und Mädchen, kostenlos oder stark vergünstigt – ggf. in Kooperation mit Polizei, Sportvereinen, Jugendzentren oder Selbstschutztrainern.
8. Entwicklung einer städtischen „Sicher unterwegs“-App, die sichere Wege anzeigt, Notrufnummern bietet, Begleitservices koordiniert und Angsträume vermeidbar macht.
9. Einrichtung einer zentralen digitalen Meldestelle für Übergriffe, Belästigungen und unsichere Orte, um die Dunkelziffer zu verringern und gezielt Gegenmaßnahmen einzuleiten.
10. Konsequente Umsetzung kriminalpräventiver Stadtplanung (nach dem Vorbild Wiens/Kölns) mit besser beleuchteten Wegen, baulicher Offenheit, klarer Beschilderung und Rückzugsorten – insbesondere an Bahnhöfen, Parkanlagen und Unterführungen.

Begründung:

Immer mehr Frauen beklagen, dass sie sich in bestimmten Bereichen von Koblenz – besonders abends oder nachts – unsicher fühlen oder bestimmte Orte ganz meiden. Die objektive Bedrohungslage - im Jahr 2024 wurden in Koblenz insgesamt 960 (!) weibliche Opfer von Gewaltdelikten registriert - wie auch das subjektive Sicherheitsgefühl erfordern nunmehr entschlossenes Handeln der Stadt.

Den Polizeilichen Kriminalstatistiken der letzten Jahre lässt sich entnehmen, dass Personen mit Migrationshintergrund bundesweit in verschiedenen Deliktsbereichen überproportional häufig als Tatverdächtige geführt werden - so auch in dem Bereich „Gewalt gegen Frauen“. Laut einer Antwort des Innenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage des AfD-Abgeordneten Joachim Paul (Drucksache 18/12431) ist auch in Koblenz eine solche signifikante Überrepräsentation nichtdeutscher Tatverdächtiger gegeben: Im Jahr 2024 waren 226 der insgesamt 708 Beschuldigten Ausländer, was etwa 32 Prozent entspricht. Bereits in den Vorjahren lag der Anteil mit 33,5 Prozent (2023) beziehungsweise 30 Prozent (2022) auf einem vergleichbaren Niveau. Aufgrund des anhaltenden Zuzugs von Migranten aus kulturfernen Weltregionen wird sich speziell dieses Kriminalitätsphänomen mutmaßlich auch in Koblenz weiter verschärfen.

Städte wie Köln, Leipzig oder Wien zeigen mit praxiserprobten Programmen, dass effektiver Schutz von Frauen im öffentlichen Raum, ohne Überwachung, aber mit bürgernahen Maßnahmen möglich ist. Diese Erfahrungen sollten in Koblenz aufgegriffen und an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden.

Der öffentliche Raum gehört allen – er muss jederzeit frei, sicher und angstfrei für Frauen zugänglich sein. Mit diesem Antrag sollen wirksamere Schutzmaßnahmen, Aufklärung und Hilfsangebote geschaffen werden, die sowohl vorbeugend wirken als auch konkrete Unterstützung im Ernstfall bieten.

Finanzielle Auswirkungen:

Auswirkungen auf den Klimaschutz: